

Europawahlprogramm (vorläufig)

III. Starke Verbraucherpolitik: Der GRÜNE Weg für Schutz, Transparenz und Rechte

Europa ist auch eine Gemeinschaft der Verbraucherinnen und Verbraucher. Tag für Tag greift die europäische Politik in den Konsumentenalltag ein. In den politischen Entscheidungsprozessen spielen Verbraucherinteressen jedoch nur selten eine spürbare Rolle. Wir wollen Europas Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und den gemeinsamen Marktplatz mit einer mutigen Verbraucherpolitik voranbringen. Sicherer, ökologischer und fairer sollen Produkte, Dienstleistungen und Handelswege mit uns GRÜNEN in Europa werden.

Ziel GRÜNER europäischer Verbraucherpolitik sind selbstbestimmte und gut informierte Verbraucherinnen und Verbraucher, die sich im europäischen Binnenmarkt souverän bewegen und verantwortungsbewusste Konsumententscheidungen treffen können. Die handfesten Vorteile des Binnenmarktes entfalten sich nur mit mehr Transparenz und Fairness. Nur wer das dauerhafte Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher besitzt, wird den europäischen Binnenmarkt zum Erfolg führen. Und wer von den Menschen aktive Eigenvorsorge – zum Beispiel für das Alter – erwartet, muss auch für einen starken Verbraucherschutz auf den gemeinsamen Märkten sorgen.

Grüne Verbraucherpolitik legt einen weiteren Schwerpunkt auf die Organisation von Verbraucherinnen und Verbrauchern als Marktmacht. Es geht um gleiche Augenhöhe im Marktgeschehen – zwischen Verbraucherinnen und Verbrauchern und zwischen Händlern und Produzenten. Neben Informationsrechten, Transparenz und Kennzeichnungspflichten benötigen wir eine unabhängige und flächendeckende Verbraucherberatung sowie durchsetzungsstarke Verbraucherschutzorganisationen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Verbraucherrechte als eine neue Generation der Bürgerrechte stärken und ausbauen. Gerade in einer globalisierten Welt mit intensiven Kommunikations- und Handelsbeziehungen gewinnen Verbraucherrechte an Bedeutung. Am Ende muss Europa den Verbraucherinnen und Verbrauchern mehr dauerhafte Vorteile, Freiheiten und Sicherheit bringen. Es ist das gute Recht von Verbraucherinnen und Verbrauchern, informiert zu werden, rechtlich Gehör zu finden und ihre Interessen vor Gericht vertreten zu können.

GRÜNE europäische Verbraucherpolitik ist auch Sozialpolitik. Wir wollen Verbraucherinnen und Verbraucher vor ungerechtfertigt steigenden Kosten schützen. Wenn wir beispielsweise mehr Wettbewerb statt Energiemonopole fordern, tun wir das nicht nur aus ökologischen Gründen, sondern auch, um die Verbraucherinnen und Verbraucher vor explodierenden Kosten im Energiebereich zu schützen. Grüne Verbraucherpolitik hat vor allem die schwächeren Marktteilnehmer im Fokus. Dazu gehören Kinder, Jugendliche und ältere Menschen sowie Menschen, die beispielsweise aufgrund geringerer Bildung oder Sprachbarrieren besonders leicht zum Opfer unseriöser Wirtschaftsakteure werden. Wir setzen uns für klare rechtliche Rahmenbedingungen

ein, damit Unternehmen die Schwäche dieser Marktteilnehmer nicht zu ihrem Vorteil nutzen können.

Es waren GRÜNE, die den Hebel an den ungerechten Agrarstrukturen und -subventionen angesetzt und den ökologischen Landbau in der EU vorangebracht haben. Ohne GRÜNEN Einsatz hätte niemand gegen den massiven Widerstand der Chemieindustrie und der Agrarverbände ein Verbot hochgefährlicher Pestizide erreicht. GRÜNE kämpfen europaweit für den Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft. Wir wollen die Menschen vor gesundheitlichen Gefahren und steigenden Umweltbelastungen schützen. Außerdem kämpfen die GRÜNEN im Europäischen Parlament für konsequenten Datenschutz und dafür, dass die wirtschaftlichen Verbraucherinteressen nicht nur bei Auslandstarifen für Handys, sondern systematisch bei Energiefragen, Fahrgastrechten oder Konsumgütern wie Spielzeug zur Geltung kommen. Bei Finanzdienstleistungen muss die EU-Kommission dringend Lehren aus der Krise ziehen und die Menschen in Zukunft besser vor dem Verlust ihrer Ersparnisse und vor Falschberatung schützen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verstehen sich als die Partei, die den Verbraucherinnen und Verbrauchern eine politische Stimme gibt, ihre Rechte stärkt und Möglichkeiten eröffnet, sich aktiv einzumischen. Wir wollen Verbraucherinnen und Verbrauchern zeigen, wie viel Macht sie mit ihrem Einkaufskorb haben. Damit sie diese Macht im Sinne eines strategischen Konsums nutzen können, müssen sie vor allem wissen, was in einem Produkt enthalten ist, wie es hergestellt wurde und wo es herkommt. Die alltägliche Kaufentscheidung hat vielfältige Folgen für Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen weltweit. Wir wissen: Wir müssen anders essen, anders reisen und Energie anders erzeugen bzw. verbrauchen. Neue Konsummuster für mehr globale ökologische und soziale Gerechtigkeit brauchen deshalb unsere politische Unterstützung. Die Querschnittsaufgabe Verbraucherpolitik wollen wir durch einen Ausbau der Generaldirektion Verbraucherschutz in der Europäischen Kommission und ein Bündel verbraucherorientierter Vorhaben ausfüllen.

Eine Richtlinie für Verbraucherinformation einführen

Wir fordern umfassende und weitgehende Informationsansprüche, die Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber Unternehmen geltend machen können. Das deutsche Verbraucherinformationsgesetz ist voller Schlupflöcher und Antragshürden. Ein europäisch einheitlicher Rechtsrahmen gibt den grenzüberschreitend tätigen Unternehmen die nötige Handlungssicherheit und Klarheit. Und es verringert Bürokratie, wenn keine umfänglichen Überprüfungen zu nationalen Regelungen durchgeführt werden müssen. Ebenso wollen wir in einer solchen Richtlinie die unabhängige und flächendeckende Beratung von Verbraucherinnen und Verbrauchern europäisch absichern sowie ein Verbandsklagerecht bei Informationsanliegen der Verbraucherinnen und Verbraucher regeln.

Sammelklagen europaweit möglich machen

Wir wollen, dass Sammelklagen in allen europäischen Mitgliedsstaaten möglich sind und unterstützen die Initiative der EU-Verbraucherschutzkommissarin. Viele Konsumentinnen und Konsumenten scheuen bislang wegen möglicher hoher Kosten und scheinbar übermächtiger Gegner einen Rechtsstreit. Auch in Deutschland gibt es bislang keine Möglichkeit, sich als Gruppenkläger zusammenschließen und mit einer gemeinsamen Klage feststellen zu lassen, dass z.B. Energiepreise unzulässig erhöht wurden oder Millionen Telefonkunden jeweils ein paar Cent zu viel abgezogen wurden.

Verbrauchervertrauen auf den Finanzmärkten wiederherstellen

Wir wollen die Finanzmärkte fair und langfristig vertrauenswürdig gestalten. Spekulationen, neue Finanzprodukte und der so genannte "graue", weil häufig unseriöse Kapitalmarkt haben das Verbrauchervertrauen untergraben. Die europäischen Staaten müssen die Finanzmärkte durch klare, grenzüberschreitende Regeln und Kontrollen besser regulieren. Schädliche Marktpraktiken müssen durch systematische Marktanalysen erkannt und Abhilfe geschaffen werden.

Die europäischen Vorgaben für den Einlagenschutz bei Geldanlagen und die Verbraucherkreditrichtlinie müssen jetzt zügig in den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden, damit Sparerinnen und Sparer die größtmögliche Sicherheit für ihr Ersparnis bekommen und damit Werbung für Kreditgeschäfte künftig nur mit realistischen Zinssätzen gestattet ist. Wir fordern ein verpflichtendes Label für Finanzprodukte. Für Verbraucherinnen und Verbraucher ist dann ein echter Fortschritt erreicht, wenn Sicherheit, Rendite und Laufzeiten auf einen Blick erkennbar werden. Neuartige Finanzprodukte sollen durch eine europäische Einrichtung für Finanzdienstleistungen, eine Art „Finanz-TÜV“ bewertet und bei Bedenken einem extra Zulassungsverfahren unterworfen werden. Das Angebot an Verbraucher- und Schuldnerberatungen ist mit europäischer Unterstützung dringend zu auszubauen, um unverschuldete krisenbedingte Privatinsolvenzen abzumildern.

Modernes Verbraucherrecht für Europa entwickeln

Mit ihrem Richtlinienentwurf zur Vereinheitlichung des europäischen Verbraucherrechts auf niedrigem Niveau betreibt die EU-Kommission Raubbau an den nationalen Verbraucherrechten. Wir GRÜNE wollen das Verbraucherrecht aber nicht auf den kleinsten gemeinsamen Nenner stützen. Es überzeugt uns nicht, den grenzüberschreitenden Handel durch weniger Schutz bei Widerrufsrechten, Internetauktionen und Versandkosten zu befördern. Der Preis dafür, den vor allem Arme und Bildungsschwache zu zahlen hätten, ist uns zu hoch.

Wir wollen stattdessen die europäischen Richtlinien auf ihre verbraucherfreundliche Netz- und Digitaltauglichkeit sowie auf nachhaltige Konsummuster überprüfen und mehr Schutz vor Abzocke bieten.

Wissen, was drin ist

Verbraucherrelevante Informationen müssen auf Produkten verpflichtend werden. Die Herstellungsbedingungen sind dabei ebenso von Interesse wie Gesundheitswert, Energieverbrauch und der Einsatz neuer umstrittener Technologien. Für sensible Güter wie Spielzeug fordern wir GRÜNE ein besonderes europäisches Sicherheitssiegel mit verpflichtender Dritt Zertifizierung. Wir GRÜNE wollen nachhaltigen Konsum fördern. Wer klug und mit gutem Gewissen einkaufen möchte, braucht bessere Informationen über die sozialen und ökologischen Aktivitäten der Unternehmen. Wir halten Verbraucherportale im Internet für sinnvoll, die glaubwürdige Transparenz über die sozialen und ökologischen Initiativen von Unternehmen schaffen. Eine Schwarze Liste der Klimakiller, z.B. Waschmaschinen mit einem Energieverbrauch von mehr als 0,35 kWh/kg Wäsche oder Autos mit über 120 g/km CO₂-Ausstoß soll in den Europäischen Aktionsplan Nachhaltiges Konsumieren aufgenommen werden.

Zur besseren Orientierung im Konsumdschungel wollen wir ein europäisches Nachhaltigkeits-siegel einführen. Es soll die ökologischen und sozialen Auswirkungen einer Ware deutlich erkennbar machen, eine Herstellung ohne Kinderarbeit garantieren und somit wie ein zweites Preisschild den praktischen Gewinn für Mensch und Umwelt verdeutlichen.

Nachhaltiger Konsum braucht zudem eine aktive Politik der Verbraucheraufklärung seitens der EU-Kommission. Statt technischer Regelwerke und ausufernder Bürokratie muss das Bildungs-

und Beratungsangebot der Verbraucherverbände erweitert werden. EU-Forschungsmittel sollten zudem auch in verbraucherrelevante Forschungsvorhaben fließen, die die Belange der Konsumentinnen und Konsumenten in den Mittelpunkt stellen.

Gesunde und natürliche Lebensmittel für alle garantieren

Sichere Lebensmittel sind für uns eine Grundvoraussetzung. Wir lehnen – wie die Mehrheit der VerbraucherInnen und Verbraucher – Gentechnik und Chemie auf dem Teller ab. Qualität, Gesundheit und Genuss bei Lebensmitteln sind uns ein besonderes Anliegen. Regionaltypische, traditionell verarbeitete, biologisch angebaute und naturbelassene Lebensmittel brauchen einen besonderen Stellenwert, der für alle erkennbar gekennzeichnet sein muss. Gesunde Ernährung wollen wir durch eine Kennzeichnung in den Ampelfarben rot-gelb-grün EU-weit sichtbar machen. Rot bedeutet dabei, dass ein Produkt viel Zucker, Fett oder Salz enthält. Bei Grün können Sie hingegen bedenkenlos zugreifen. Gesunde Lebensmittel für alle bedeutet auch, dass diese für alle bezahlbar sind und in Schulen und Kindergärten selbstverständlicher Bestandteil der gemeinsamen Mahlzeiten werden. Wir wollen gesunde, ökologisch verträgliche und regional erzeugte Produkte, die man am Biosiegel erkennt, noch attraktiver machen.

Neue Technologien bei der Bearbeitung von Lebensmitteln wollen wir nach dem Vorsorgeprinzip bewerten. Entsprechend bearbeitete Produkte dürfen erst auf den Markt gelangen, wenn das Risiko ausreichend erforscht und klare Haftungsregeln erlassen sind. So genannte Nahrungsergänzungsmittel müssen außerdem einen Wirkungsnachweis erbringen. Solange nanotechnologisch veränderte Lebensmittel nicht ausgereift sind, sollten sie nicht in den Verkehr gebracht werden (Moratorium). Um Wahlfreiheit sicherzustellen, fordern wir die unmissverständliche Kennzeichnung veränderter Lebensmittel. Lebensmittel mit Azofarbstoffen, die häufig in Bonbons, Limonaden u.ä. vorkommen, wollen wir verbieten, denn sie schaden der Gesundheit unserer Kinder.

Agro-Gentechnik ist nicht verantwortbar

Wir wollen keine Nutzung der Agro-Gentechnik, sondern ein EU-weites Verbot für Gentech-Pflanzen, die Mensch, Umwelt und gentechnikfreie Produktion sowohl in der konventionellen als auch biologischen Landwirtschaft gefährden, wie z.B. Gen-Mais MON 810 oder die so genannte Terminorttechnologie. Agro-Gentechnik ist eine Risikotechnologie, die nicht verantwortbar ist, denn einmal in die Natur freigesetzte Organismen sind nicht mehr rückholbar. Die übergroße Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher lehnt Gentechnik ab.

Wir wollen eine klare Gen-Kennzeichnung und Kennzeichnungslücken im EU-Recht schließen. Denn die Verbraucherinnen und Verbraucher haben das Recht zu wissen, was auf ihrem Teller liegt. Das gilt auch für Produkte wie Fleisch, Milch oder Käse. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen wissen, ob ihre Lebensmittel von Tieren stammen, die mit gentechnisch verändertem Futter gefüttert wurden.

Gentechnik ist ein Geschäft – nicht für die Menschen, sondern für eine paar Wirtschaftsunternehmen, die in gentechnisch veränderte Organismen und Biotechnologie investiert haben. Nur wenige Unternehmen – wie Monsanto, DuPont oder Novartis – teilen sich den gesamten Markt für gentechnisch verändertes Saatgut und kontrollieren zugleich große Teile des Weltmarkts für Pestizide. Wir wollen nicht, dass der Schutz von Mensch und Umwelt Wettbewerbsinteressen untergeordnet wird.

Das europäische Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Lebensmittel muss verändert werden, die unabhängige Risikoforschung gestärkt und ökologischer Sachverstand sowie sozio-ökonomische Risiken der Agro-Gentechnik mit einbezogen werden. Derzeit werden vor allem

die Interessen der Agro-Gentechnik-Industrie befördert. Wir GRÜNEN wollen die Interessen der gentechnikfreien Landwirtschaft sowie Umwelt- und Verbraucherinteressen stärken. Interessenverflechtungen zwischen Prüfbehörden und der Agro-Gentechnik-Industrie müssen offengelegt und beseitigt werden. Wir wollen eine unabhängige Risiko- und Kontrollbehörde installieren.

Mit dem Artikel 26a in der Freisetzungsrichtlinie haben wir erreicht, dass Mitgliedstaaten Maßnahmen ergreifen können, um sich gegen Gentechnik-Kontamination zu schützen. Wir wollen die Rechte der europäischen Regionen weiter stärken, sich gegen die Anwendung und Verbreitung bestimmter Technologien wie der Agro-Gentechnik zu entscheiden. Wir unterstützen daher die Bürgerbewegung der gentechnikfreien Regionen.

Kundendaten besser schützen

Wir wollen, dass Kundendaten nur mit ausdrücklicher Einwilligung der Betroffenen erhoben, verarbeitet und weitergeleitet werden dürfen. Bislang können Verbraucherinnen und Verbraucher digitalen Geschäften nicht genügend vertrauen. Die Ängste im Hinblick auf Sicherheit, Betrug und Achtung der Privatsphäre sind groß. Geschäfte im Internet dürfen nicht mehr daran gekoppelt werden, dass Verbraucherinnen und Verbraucher ihre persönlichen Daten preisgeben müssen. Auswüchse des Datenmissbrauchs wie das Ausspionieren von Supermarktkäufern oder die Überwachung von Telefonkunden müssen schärfer sanktioniert werden. Wir fordern ein europaweites Datenschutzsiegel, das Verbraucherinnen und Verbrauchern den verlässlichen Umgang mit ihren persönlichen Daten garantiert. Den Verbraucherverbänden wollen wir die Möglichkeit zur gerichtlichen Klage für die Verfolgung von datenschutzrechtlichen Verstößen an die Hand geben.